

Luxemburg, den 15. Mai 2021

Beschluss über die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen
Ausschuss „Wirtschaft und Arbeit“

In der Covid-19-Pandemie ist die Verwundbarkeit der Wirtschaft offen zu Tage getreten. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die 99 % der europäischen Unternehmen stellen¹, hatten im Zuge der Rezession aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Dabei sind die KMU eine Säule des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Luxemburg, wo sie insgesamt 210.000 Menschen beschäftigen². Im Allgemeinen führt die Gründung von Start-ups zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. KMU bieten jungen Menschen viele Stellen und oftmals die Möglichkeit, ihrer Kreativität und Innovationsfähigkeit Ausdruck zu verleihen. Insofern ermöglichen KMU es jungen Menschen häufig, einen Weg aus prekären Lebensbedingungen zu finden und ihre erste Stelle anzutreten³. Und schließlich fördert der durch die Gründung neuer Start-ups noch verstärkte Wettbewerb zwischen den Unternehmen Innovationen und technischen Fortschritt, was sich positiv auf den Alltag aller Bürger*innen auswirkt.

Damit wir die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes vorantreiben können, ist es von unbedingter Wichtigkeit, dass wir uns mit den unterschiedlichen Problemen befassen, die Wachstum und Innovationen behindern.

Das Jugendparlament:

- A. Ist sich der Vielfalt der zur Verfügung stehenden Beihilfen⁴ für Unternehmen voll bewusst und bedauert, dass es relativ schwierig ist, sich hier einen Überblick zu verschaffen. Obwohl die Formulare elektronisch ausgefüllt werden können, bleibt das Verfahren ineffizient und

¹ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/63/petites-et-moyennes-entreprises>

² <https://mecco.gouvernement.lu/fr/le-ministere/domaines-activite/pme-entrepreneuriat.html>

³ <https://start.lesechos.fr/innovations-startups/tech-futur/startup-nation-les-jeunes-a-fond-selon-un-sondage-1175655>

⁴ <https://guichet.public.lu/de/entreprises/financement-aides.html>

zeitaufwendig, da die Eingaben für weitere Beihilfen erneut vorgenommen werden müssen und der Antrag postalisch einzureichen ist. Aufgrund der Komplexität der Verfahren besteht die Gefahr, dass sich neugegründete Unternehmen entmutigen lassen und erst gar keinen Antrag stellen;

- B. Stellt besorgt fest, dass der Großteil der vom Staat gewährten Beihilfen in keinem öffentlich einsehbaren Register erfasst wird, obwohl es sich hier um einen nicht unerheblichen Eingriff des Staates in die Wirtschaft handelt;
- C. Merkt an, dass es für große Unternehmen aus dem Bereich Digitalisierung einfacher ist, neue Regelungen wie die DSGVO und verschiedene verbindliche europäische Richtlinien umzusetzen. Unglücklicherweise fällt es Kleinstunternehmen schwerer, die geltenden Regelungen zu verstehen und umzusetzen, was die Innovation in Europa bremst⁵;
- D. Verurteilt die Tatsache, dass Kleinstunternehmen durch die Vermögenssteuer ungerechtfertigterweise benachteiligt werden, während die Auswirkungen dieser Steuer auf sehr große Unternehmen im Verhältnis geringer sind. Die letzte Stufe der Vermögenssteuer (0,05 %), die bei 500 Millionen Euro beginnt, ist nämlich viel günstiger als die vorherige (0,5 %), was unerklärlich erscheint und dem Anspruch einer gerechten Besteuerung vollkommen zuwiderläuft. Darüber hinaus beträgt der Mindestbetrag der Vermögenssteuer 535 € pro Jahr⁶. Ein nach dem „Trennungsprinzip“ haftendes Kleinstunternehmen mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 1000 € würde also jedes Jahr 535 € verlieren, was dem Konzept der 1-Euro-SARL-S widerspricht;
- E. Bedauert, dass die Kosten für eine Unternehmensgründung nicht mit der Idee einer Gründung mit einem Startkapital von einem Euro zu vereinbaren sind. Um eine Tätigkeit gleich welcher Art aufnehmen zu können, fallen für das Unternehmen mindestens 110 € an Verwaltungskosten an. Darüber hinaus werden mindestens 74 € für eine öffentliche Urkunde fällig⁷, ein Dokument, das für bestimmte Unternehmensformen vorgeschrieben ist;
- F. Kritisiert die Verwendung von 44 Steuervorbescheiden, begrüßt jedoch dass 90 % davon seit 2015 aufgegeben wurden⁸. Erstens trägt die Nutzung von Vorabentscheidungen nicht zur Transparenz der Steuerverwaltung bei. Zweitens handelt es sich bei den Unternehmen, denen von der Steuerverwaltung Sonderregelungen gewährt werden, unverhältnismäßig oft um gut etablierte Großunternehmen. Diese nicht zu unterschätzende Unterstützung trägt

⁵ <https://www.dotnetpro.de/diverses/sicherheit/studie-dsgvo-birgt-nachteile-kleine-unternehmen-1447722.html>

⁶ https://impotsdirects.public.lu/fr/az/t/tarif_collect_IF.html

⁷ <http://www.notariat.lu/le-notaire/honoraires/>

⁸ <https://gouvernement.lu/de/dossiers/2021/openlux.html>

zur Wettbewerbsverzerrung auf dem Binnenmarkt bei. Die Steuervorbescheide führen also zu mehr Ungleichheit;

- G. Verurteilt nachdrücklich die internationale Steuerhinterziehung, die verstärkt von großen multinationalen Unternehmen praktiziert wird und zur Stärkung der Marktstellung dieser Konzerne beiträgt⁹. Die Steuerflucht wird begünstigt durch Unterschiede im Steuerrecht der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU).¹⁰ Tatsächlich ist es heutzutage möglich, Gewinne aus Ländern mit restriktiveren Steuervorschriften in Länder zu transferieren, die entgegenkommender sind oder die den Transfer dieser Gewinne in bestimmte Steuerparadiese außerhalb der Europäischen Union erlauben;
- H. Stellt besorgt fest, dass das Verfahren zur Unternehmensgründung im Vergleich zu den Verfahren im Ausland lang ist. Es dauert 16 Tage, ein Unternehmen zu gründen¹¹;
- I. Beobachtet, dass die Führung eines Unternehmens für die Unternehmer*innen neue Herausforderungen bereithält, da sie sich mit Buchhaltung, Personalverwaltung und Kundenbeziehungen vertraut machen müssen. Häufig verfügen die Leiter*innen neuer Start-ups nicht über diese Erfahrung, und die Aneignung dieser unverzichtbaren Kompetenzen ist häufig zeit- und kostenintensiv;
- J. Stellt fest, dass die Gründung auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger europäischer Großunternehmen sehr schwierig ist, weil die europäische Gesetzgebung in Sachen wettbewerbswidriges Verhalten den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt begünstigt. Daher ist es schwierig, Wachstum, Innovation und europäische Vormachtstellung in den Schlüsselbranchen der Industrie, die zahlreiche Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, sicherzustellen;
- K. Bedauert die mangelnde Unterstützung der europäischen Staaten für die europäischen Unternehmen. Tatsächlich ist häufig zu beobachten, dass bestimmte Länder technologische oder militärische Ausrüstung bevorzugt in Nicht-EU-Ländern beziehen, obwohl es europäische Alternativen gibt (Austausch der belgischen F 16¹², 5G-Netz¹³ usw.). Diese Geschäfte gehen zu Lasten der industriellen Autonomie Europas und zum Vorteil der Großmächte China und USA;

⁹ https://ec.europa.eu/taxation_customs/fight-against-tax-fraud-tax-evasion/a-huge-problem_de

¹⁰ https://institutdelors.eu/wp-content/uploads/2020/10/PP254_200910_Fisacitedommageable_Rivoli_FR.pdf

¹¹ http://www3.weforum.org/docs/WEF_TheGlobalCompetitivenessReport2019.pdf

¹² https://fr.wikipedia.org/wiki/Remplacement_des_F-16_belges

¹³ https://www.rtbf.be/info/monde/detail_la-5g-avec-ou-sans-huawei-l-europe-doit-choisir?id=10418792

- L. Stellt mit Genugtuung fest, dass der Zugang zu offiziellen Informationen über die Gründung und den Betrieb eines Unternehmens gewährleistet ist, bemerkt jedoch, dass einige Bereiche Lücken aufweisen, die zu Verwirrung führen können.

Le Parlement des Jeunes :

1. Ruft die Regierung auf, den gewerblichen Bereich der Plattform MyGuichet¹⁴ dahingehend zu erweitern, dass Unternehmer*innen dort analog zu den Hilfen im Zusammenhang mit der Coronakrise ihre Anträge auf Beihilfen stellen können. Darüber hinaus wäre die Bereitstellung eines Online-Simulators, mit dem sich ermitteln lässt, auf welche Beihilfen ein Unternehmen Anspruch hat, begrüßenswert. So könnten sich die Betroffenen einen Gesamtüberblick über alle in Frage kommenden Zuschüsse verschaffen.
2. Empfiehlt die Veröffentlichung von Beihilfen mit einem Wert von mehr als 100.000 €, um eine gewisse Transparenz zwischen den Wettbewerbern zu gewährleisten. Dafür wäre ein Format wie das der Beihilfentransparenzdatenbank der Europäischen Union¹⁵ empfehlenswert.
3. Schlägt eine Befreiung von Kleinunternehmen von bestimmten Regelungen vor, um deren Entwicklung zu erleichtern.
4. Fordert die Abschaffung des Mindestbetrags von 535 € bei der Vermögenssteuer und der letzten Besteuerungsstufe, um eine gerechte Besteuerung zu erreichen. Darüber hinaus sollte über eine Befreiung von Unternehmen mit einem geringen steuerbaren Einkommen nachgedacht werden, um diese Steuer kohärent zu gestalten.
5. Spricht sich für eine Senkung der bei einer Unternehmensgründung in Luxemburg anfallenden Verwaltungskosten aus.
6. Betont die Wichtigkeit von Transparenz im Bereich der Steuerverwaltung und der Steuervorbescheide, damit alle Unternehmen Kenntnis von den Vorteilen erlangen können, die ihren Konkurrenten gewährt wurden.
7. Ruft die Regierung dazu auf, die Zahl der den Unternehmen gewährten Steuervorbescheide zu reduzieren, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

¹⁴ <https://guichet.public.lu/de/myguichet.html>

¹⁵ <https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public?lang=de>

8. Befürwortet eine Angleichung der Steuergesetzgebung der verschiedenen Länder der Europäischen Union, um das Risiko der Steuerflucht innerhalb der EU zu minimieren.
9. Fordert ein Verbot von Steuergesetzen, die dem Grundsatz der Steuerprogression nicht entsprechen, in der EU an.
10. Unterstützt eine Aktualisierung der schwarzen Liste der Steuerparadiese der Europäischen Union.
11. Schlägt die Schaffung einer neuen Institution vor, die Start-ups in den Bereichen Buchhaltung und Unternehmensführung unterstützt. Dies würde es Start-up-Gründer*innen ermöglichen, mehr Mittel in die Projektentwicklung zu stecken.
12. Wünscht die Bereitstellung von kostenlosen Online-Tutorials (Videos, Texte usw.) zu den Themen Buchhaltung und luxemburgische Unternehmenswelt an. So könnten sich interessierte Unternehmer*innen in diesen Bereichen zu geringen Kosten weiterbilden und ihr Unternehmen effizienter führen.
13. Spricht sich für einen Paradigmenwechsel in der Europäischen Union dahingehend aus, dass die Gründung europäischer Großunternehmen, die auf dem Weltmarkt bestehen können, einfacher wird. Allerdings ist es auch notwendig, Rahmenbedingungen für Fusionen von Großunternehmen auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass diese ihre neue Stellung nicht ausnutzen.
14. Fordert, dass die Staaten der Europäischen Union Anstrengungen unternehmen, sich solidarisch zu zeigen, indem sie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge europäische Unternehmen bevorzugen.
15. Empfiehlt die Verbesserung der Webseite Guichet.lu durch eine interaktivere Gestaltung und die Aufnahme eines Bereichs mit häufig gestellten Fragen (FAQ) für Unternehmer*innen.
16. Unterstützt Initiativen wie *Jonk Entrepreneuren* oder den *Job Shadow Day*, die es jungen Menschen ermöglichen, sich mit dem Thema Unternehmertum vertraut zu machen und mit der Arbeitswelt in Kontakt zu kommen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Jungunternehmer*innen die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Chancen kennen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, die Bedeutung und Notwendigkeit eines wettbewerbsfähigen Marktes, auf dem alle Akteure gleichberechtigt sind, anzuerkennen. Aus

diesem Grund ist es unverzichtbar, die Vermögenssteuer zu reformieren, da sie in ihrer gegenwärtigen Form ungerecht ist und weniger begüterte Unternehmen zu stark besteuert.

Darüber hinaus ist die Möglichkeit, mit einem Euro ein Unternehmen zu gründen, wie sie im Koalitionsvertrag von 2013 vorgesehen ist¹⁶, von wesentlicher Bedeutung, um in Zukunft Innovationen und Wachstum zu garantieren. Folglich muss so vielen Menschen wie möglich der Zugang zum Unternehmertum gewährt werden, um es jedem, der es wünscht, zu erlauben, seine Ideen in die Tat umzusetzen und so einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu leisten.

Generell ist es wichtig, die Transparenz der Verwaltung im Zusammenhang mit den erheblichen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft zu erhöhen. Wir hoffen, dass unsere Vorschläge auf offene Ohren stoßen, da sie zur Lösung der oben genannten Probleme beitragen würden.

¹⁶ <https://paperjam.lu/article/news-la-sarl-s-toujours-en-attente>